Am Ende der Brücke – Gas ade und Röhren auf den Schrott

geschrieben von Admin | 27. Mai 2022

Das Gasnetz, kürzlich noch Hoffnungsträger auf dem Weg in eine neue Energiewelt, soll nicht mehr ausgebaut, sondern stillgelegt werden. Auch das reicht nicht, es sollte bald abgerissen werden. Meint einer der führenden Energiewender des Landes.

Die langjährigen Kompetenzen unserer Energiepolitiker bestehen im Abschalten, Aussteigen und Abreißen. Seitdem Lobbyisten als Staatssekretäre in Ministerien sitzen, spielen gestrige Kategorien wie Versorgungssicherheit, Preiswürdigkeit und Umweltverträglichkeit keine Rolle mehr. Es geht um Ideologie und am Ende ums Geld

von Frank Hennig

Mit Doktor Graichen ist einer der bedeutendsten Lobbyisten der Ökoszene in politische Verantwortung gelangt. Er ist Politologe, Volkswirt und Beamter und stand viele Jahre dem Lobby-Thinktank Agora-Energiewende vor.

Diese Institution führt in ihrer Agenda einen so genannten Hauptsatz: „Wind und Sonne haben Vorfahrt“. Diesen setzt er jetzt mit regierungsamtlicher Macht durch.

Auf einer Stadtwerke-Tagung forderte Graichen als Staatssekretär nun zum Entsetzen der Teilnehmer den Rückbau der Gasnetze, zunächst die Planungen dafür. Keine Rede mehr über den H_2-ready-Umbau, den Transport synthetischer Gase oder Biomethan. 2045 gäbe es ohnehin keine einzelnen Gasheizungen mehr, Wärmepumpen sollen die allein seligmachende Zukunft der Wärmeversorgung sein.

Patrick Graichen: (Direktor der Denkschule für deutsche Energiepolitik „Agora Energiewende“):

„Wir haben uns geirrt bei der Energiewende. Nicht nur bei ein paar Details, sondern in einem zentralen Punkt. Die vielen neuen Windräder und Solaranlagen, die Deutschland baut, leisten nicht, was wir uns von ihnen versprochen haben. Wir hatten gehofft, dass sie die schmutzigen Kohlekraftwerke ersetzen würden, die schlimmste Quelle von Treibhausgasen. Aber das tun sie nicht“.[17]

Zitat Patrick Graichen in „Die Zeit“ vom 4.12.2014

Noch vor einem Jahr war Erdgas die Brücke in die neue Energiewelt und jeder, der nach dem Ausgleich der Schwankungen instabiler Naturstromerzeugung fragte, wurde oberlehrerhaft mit dem Spruch belegt,

dass dann hochmoderne flexible Gaskraftwerke zur Verfügung stünden. Auch wurde die Funktion des Gasnetzes als Energiespeicher betont („Das Netz ist der Speicher“ soll das Gasnetz gemeint haben).

Graichen folgt damit der langjährigen, zunächst eher verborgenen Praxis, alles aus dem Weg zu räumen, was einem maximierten Ausbau der Wind- und Solarkapazitäten in den Weg stellt. So wurde die von Vattenfall in Deutschland vorangetriebene und erfolgreich getestete Technologie der CO_2-Abtrennung aus Rauchgasen massiv bekämpft, ebenso ihre unterirdische Einlagerung. Deren Sicherheit war in einem Großversuch des Geoforschungszentrums Potsdam nachgewiesen worden. Eines der offiziellen politischen Gegenargumente war der Vorwurf, man würde dadurch die Lebensdauer der Kohleverstromung verlängern. Wohlgemerkt: Das Thema Klima spielte beim Abschuss der CCS-Technologie in Deutschland keine Rolle. Damit hatten sich die Schweden verkalkuliert, die diese Technologie, einem Vorschlag des IPCC folgend, einführen wollten und dabei auch finanziell heftig einbüßten.

Einschub der Redaktion

Edenhfer vom PIK forderte 2007 Gesetze zur Förderung der „Erneuerbaren“, mit der ehrlichen Begründung:

Sie sollen rentablen Technologien Klötze ans Bein binden, neuen grünen Technologien uneinholbare Vorteile verschaffen[1]

[1][1]Zitat aus Heft „et“ – Energiewirtschaftliche Tagesfragen 5- 2007

Nun sollte mit dem zwanghaft schnellen Ausstieg aus dem Erdgas der übergangslose sofortige Eintritt in die grüne Wasserstoffwelt erfolgen. Mittels Wind und Solar, klar, schöne Grüße vom „Osterpaket“. Für den künftigen Wärmesektor und die Chemie hielt man sich auch synthetischen Gase und Biogas vor. Das scheint nun auch obsolet zu sein und es gilt sofort 100-Prozent-elektrisch.

Um auch hier, wie bei der Kernenergie, einen „unumkehrbaren“ Ausstieg zu organisieren, soll das Gasnetz nicht nur außer Betrieb genommen, sondern am besten auch gleich demontiert werden. Warum? Ein vorhandenes Rohrnetz, was dann zeitweise oder gänzlich nicht benutzt wird, stört zunächst niemanden und verursacht im Gegensatz zum Rückbau auch keine Kosten. Es wäre aber eine Reserve. Graichen will aber Fakten schaffen, um dann den flächendeckenden Ausbau von (nicht überall sinnvoll einsetzbaren) Wärmepumpen als alternativlos darzustellen. Das wäre wiederum angeblich nur alternativlos durch den „ehrgeizigen, mutigen“ oder irreal schnellen Ausbau von Wind- und Solaranlagen zu schaffen. Da gibt es blumige Begriffe wie den „Energiewende-Turbo“ oder den „Energiewende-ICE“, gemeint ist immer dasselbe, das grenzen- und hemmungslose Verspargeln und Verspiegeln des Landes mit der Garantie zum Gelddrucken. Den Blick über Landesgrenzen auf internationale Entwicklungen spart man sich, es steht dem Profitinteresse im Weg.

Abschalten ohne einzuschalten

Im Grunde ist es einfachste Logik bei einem Technologiewechsel, zuerst die Alternativen belastbar zur Verfügung bereit zu stellen, bevor man abschaltet oder rückbaut. Nur so gelingt eine unterbrechungsfreie Versorgung. Andere Länder wissen das. Ein beispielloser Wärmepumpenboom wäre schon durch die begrenzte Anzahl zu produzierender Aggregate, der qualifizierten Firmen und Fachkräfte unmöglich. Mit dem zeitgleichen Ausbau der Elektromobilität würde auch ein umfassender Ausbau der Verteilnetze auf den unteren Spannungsebenen erfolgen müssen – mit jahrelangen Erdarbeiten in dichtbesiedelten Gebieten.

Anstelle sich darauf zu konzentrieren, wie wir über die nächsten Winter kommen, zimmert man sich im Habeck-Ministerium eine Wunschwelt jenseits der dreißiger Jahre zurecht. Politische Vorgaben zu Technologieentwicklung, basierend auf dem begrenzten Wissen von heute, waren noch nie erfolgreich. Schaut man sich den Qualifikationshintergrund maßgebender Politiker an, deren persönliche und Parteiinteressen, deren Ignoranz und Bescheidenheit an naturwissenschaftlichen Kenntnissen, dem unrealistischen Zahlenwerk und deren national verengten Blick, kann einem schon vor der näheren Zukunft Bange werden.

Die Wahrscheinlichkeit, dass im kommenden Winter Kohleblöcke aus der Netzreserve bzw. der Sicherheitsbereitschaft reaktiviert werden müssen, ist groß. Die Abschaltung der verbliebenen drei Kernkraftwerke ist laut Minister Habeck nur der Verzicht auf eine „minimale Mehrproduktion“. Sie erzeugten Im ersten Quartal 22 8,5 Terawattstunden (TWh) Strom, bei etwa 4 Gigawatt (GW) installierter Leistung.

Im gleichen Zeitraum gab es 9 TWh aus Fotovoltaik, bei einer installierten Leistung von 65 GW. Wie ist diese minimale Produktion zu werten? Wie viel müsste man zubauen, um auch im Winter, wo der Bedarf am größten ist, mehr als minimale Produktion zu haben? Erforderlich wäre die Nutzung jeglicher sinnvoll verfügbarer Energiequellen.

Wir befinden uns in einer kritischen Phase der Energiewende. Wer angesichts des absehbaren mehrdimensionalen Energiemangels (Öl, Gas, Strom) meint, weiter „idealerweise“ was auch immer abschalten zu können, hat andere Interessen als die wirtschaftliche Stabilität des Landes und des Wohlstands seiner Bürger.

Zunehmend stellt sich die Frage, wann politische Verantwortung in strafrechtliche übergeht. In den Eidesformeln der Minister und des Kanzlers ist nicht von maximalem Ausbau bestimmter Energietechnologien die Rede, auch nicht vom Klima.

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier